

Burgdorf, 25.11.2013

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Umwelt und Verkehr** der Stadt Burgdorf am
07.11.2013 Sitzungszimmer des Rathauses II

17.WP/UmVerkA/014

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 19:13 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:12 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 19:15 Uhr

Anwesend: **Vorsitzender**

Peters, Kai

stellv. Vorsitzende

Leykum, Maria

Mitglied/Mitglieder

Bublitz, Werner
Heldt, Gabriele
Köneke, Klaus
Morch, Hans-Dieter
von Oettingen, Gero
Weinel, Olaf

stellv. Mitglied/Mitglieder

Rheinhardt, Michael

Vertretung für Herrn Ahmet
Kuyucu

Beratende/s Mitglied/er

Bethmann, Andreas
Otto
Kleinschmidt, Dieter
Kusber, Paula
Suszka, Bernd

Verwaltung

Brinkmann, Jan-Hinrich bis TOP 4 und ab TOP 9
Herbst, Rainer
Kauter, Theo
Krause, Julia
Vollmert, Claudia

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am
3. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
- 3.1. Auslastungsgrad der Buslinie 905 - Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 06.08.2013
Vorlage: 2013 0467
4. Mitteilungen des Bürgermeisters
5. Verhandlungen mit dem Nds. Straßenbauamt i.S. Beleuchtung der Brücke über die B 188 bis hin zum Riethornweg in Sorgensen
- Antrag des Rats Herrn Wolfgang Obst vom 05.10.2013 -
Vorlage: 2013 0475
6. Stadtstraßenumbau - Änderungen im Bereich KVP Hochbrücke
Bezugsvorlagen: 2007 0093, 2009 0493,
Vorlage: 2013 0462
7. Masterplan 100 % für den Klimaschutz
- Absichtserklärung -
Vorlage: 2013 0460
8. Entwurf Haushaltssatzung 2014
Vorlage: 2013 0455
9. Entwurf Investitionsprogramm 2014
Vorlage: 2013 0456
10. Entwurf Stellenplan 2014
Vorlage: 2013 0457
11. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Peters**, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Herr Degener ist nicht anwesend.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am

Das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr vom 19.09.2013 wird mit 8 Ja-Stimmen und einer Enthaltung genehmigt.

3. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

3.1. Auslastungsgrad der Buslinie 905 - Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 06.08.2013 Vorlage: 2013 0467

Herr Brinkmann liest die Anfrage der CDU-Fraktion und das entsprechende Antwortschreiben der Verwaltung vor.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Frau Vollmert teilt mit, dass

a) sie zur Mitteilungsvorlage Nr. 2013 0485 (Grünflächen in Gewerbegebieten Hülptingsen III und IV – Ausbauprogramm) eine Anfrage bekommen hat, inwiefern die Anlage einer Reitspur möglich ist. Dies ist nicht möglich, da insbesondere im ersten Abschnitt die Wegeparzelle zu schmal ist. Reiter sollten daher auf die Parallelwege ausweichen.

Herr Herbst weist darauf hin, dass

b) die Ergebnisse der Geschwindigkeitsmessungen der Straßenverkehrsabteilung dem Protokoll als **Anlage 1** beigefügt sind.

c) Ergebnisse von Bodenuntersuchungen nicht automatisch an die Stadt Burgdorf geleitet werden. **Herr Köneke** weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass er Informationen über das Ingenieurbüro „Schnittstelle Boden“ erhält. Bei Interesse wäre sicherlich ein Vortrag durch das Ingenieurbüro möglich.

Im Anschluss an die Mitteilungen des Bürgermeisters wird vom Ausschuss **einstimmig beschlossen**, dass Herr Brinkmann vom NABU einen kurzen Vortrag zum Projekt „Möschgraben“ halten darf.

Herr Brinkmann stellt das Projekt zur „Umgestaltung des Sohlabsturzes an der Mündung in einen Beckenpass“ vor. Entsprechende Planunterlagen wurden vom NABU übergeben und sind dem Protokoll als **Anlage 2** beigefügt.

Nach eingehender Diskussion im Ausschuss wird vom Ausschuss für Umwelt und Verkehr folgende einstimmige Empfehlung an den Verwaltungsausschuss abgegeben:

1. Eine Untersuchung des Aushubbodens soll kurzfristig durch die Stadt Burgdorf in Auftrag gegeben werden. Es fallen voraussichtlich Kosten in Höhe von 1.000 € an.
2. Sofern sich durch die Bodenuntersuchung ergibt, dass der Boden nicht belastet ist, sollen für den Haushalt 2014 Mittel in Höhe von 7.000 € für die Beteiligung der Stadt Burgdorf an dem Projekt „Möschgraben“ eingestellt werden.

5. Verhandlungen mit dem Nds. Straßenbauamt i.S. Beleuchtung der Brücke über die B 188 bis hin zum Riethornweg in Sorgensen - Antrag des Ratsherrn Wolfgang Obst vom 05.10.2013 - Vorlage: 2013 0475

Herr Peters erteilt Herrn Obst das Wort, um seinen Antrag vorzutragen.

Herr Obst stellt seinen Antrag vor und verweist nochmals auf die Gefährdung der Fußgänger und Radfahrer durch die Blendung von entgegenkommenden Autofahrern.

Für die Beleuchtung ist die Stadt Burgdorf zuständig. Daher werden Verhandlungen mit dem Nds. Straßenbauamt keine Aussicht auf Erfolg haben, gibt **Herr Herbst** zu bedenken. Des weiteren beziffert **Herr Herbst** die Kosten für eine Beleuchtung der gesamten Strecke von Burgdorf bis Sorgensen mit rd. 58.000 € (für 14 Lichtpunkte). Mit rd. 29.000 € (7 Lichtpunkte) ist für eine Beleuchtung von der Brücke bis nach Sorgensen im Bereich der L311 zu rechnen.

Herr Herbst berichtet weiterhin, dass laut Auskunft der Polizei Burgdorf keine Unfälle mit Radfahrern / Fußgängern im Bereich des Radweges entlang der L412/L311 bekannt sind. Lediglich ein Unfall ereignete sich im März 2011, wobei ein Radfahrer aus einer Gruppe von einem PKW abgedrängt wurde. Dieser Unfall ereignete sich bei Tageslicht und ist nicht auf eine mangelhafte Beleuchtung zurückzuführen.

Seitens **Herrn Morich** wird zu bedenken gegeben, dass auch andere Ortschaften den Wunsch auf Beleuchtung von Straßen/Wegen außerhalb der Ortschaften äußern könnten. Angesichts der angestrebten Energieeinsparungen und der angespannten Haushaltslage sieht er keine Chance auf Umsetzung des Antrages.

Herr Köneke äußert Verständnis für die Situation der Radfahrer in der Dunkelheit. Allerdings würde mit dieser Beleuchtung ein falsches Zeichen in Zeiten der Energieeinsparungen gesetzt werden.

Dass eine solche Beleuchtung nicht zu der angestrebten Energieeinsparung passt, bejaht **Herr Obst**. In dem Zuge verweist **Herr Obst** auf die Überlegungen zur Ausleuchtung des Radweges Burgdorf-Schillerslage. Nach Meinung von **Herrn Obst** wird der Radweg Sorgensen sehr stark frequentiert, so dass ein hoher Gefährdungsfaktor zugrunde liegt. Zur Überprüfung schlägt er eine Ortsbesichtigung vor.

Herr Herbst verweist ebenfalls auf weitere Beleuchtungswünsche, die mit Umsetzung des Antrages von Herrn Obst aufkommen werden. Es wird daher seitens der Verwaltung vorgeschlagen, das Thema grundlegend in einer gesonderten Vorlage aufzuarbeiten. Somit könnte ein Grundsatzbeschluss über die Beleuchtung außerhalb geschlossener Ortschaften gefasst werden.

Seitens des Ausschusses wird eine solche Vorlage einheitlich abgelehnt.

Herr Obst äußert sein Missfallen zu den von der Verwaltung geäußerten Argumenten gegen die Beleuchtung des Radweges und bekräftigt, dass die starke Gefährdung von Fußgängern / Radfahrern im Vordergrund stehen sollte.

Nach erfolgter Diskussion lässt der Ausschussvorsitzende, **Herr Peters**, über den Antrag von Herrn Obst wie folgt abstimmen:

Mit **einer Enthaltung und 8 Ja-Stimmen** wird dem Verwaltungsausschuss empfohlen, Verhandlungen mit dem Nds. Straßenbauamt i. S. Beleuchtung der Brücke über die B 188 bis hin zum Riethornweg in Sorgensen **nicht** aufzunehmen.

6. **Stadtstraßenumbau - Änderungen im Bereich KVP Hochbrücke** **Bezugsvorlagen: 2007 0093, 2009 0493,** **Vorlage: 2013 0462**

Frau Vollmert stellt die derzeitige Situation im Bereich des KVP Hochbrücke vor und erläutert die Problemlösungen. Insbesondere weist sie darauf hin, dass eine direkte Ausfahrt für Radfahrer aus dem Kreisel in Richtung Weststadt aufgrund des Hochbordes nicht möglich ist.

In Bezug auf das Radverkehrskonzept befürwortet **Herr Rheinhardt** die Planungen, da dadurch eine konsequente Radverkehrsführung erzielt wird. Allerdings befürchtet er, dass die Führung auf der Bahnhofstraße nicht deutlich genug wird. Die geplante Ausschilderung führt seiner Meinung nach nicht zur Einheitlichkeit.

Von **Herrn Bublitz** wird angefragt, warum kein „fünfter Arm“ angelegt werden kann, um die Radfahrer direkt aus dem Kreisel auf den Radweg entlang der Hochbrücke zu führen. **Frau Vollmert** erläutert, dass hier die Gefährdung für die Radfahrer zu hoch ist. An dieser Stelle rechnen Autofahrer nicht mit Radfahrern, die aus der Weststadt kommen. **Herr Herbst** ergänzt dazu, dass ein entsprechendes Sicherheitsaudit am Kreisel Schwarzer Herzog keine Zustimmung zu einem solchen fünften Arm fand.

Nach weiterer eingehender Diskussion lässt der Ausschussvorsitzende, **Herr Peters**, über die Vorlage abstimmen. Der Beschlussvorschlag wird um einen Hinweis zum Schutzstreifen ergänzt.

Beschlussvorschlag:

Die Umgestaltungen am Kreisverkehrsplatz an der Hochbrücke werden wie in der Vorlage Nr. 2013 0462 dargestellt beschlossen. Jedoch soll der Schutzstreifen nur bis zur Absenkung auf Höhe der Querungsinsel am Fuße der Hochbrücke fortgeführt werden.

- einstimmiger Beschluss -

7. Masterplan 100 % für den Klimaschutz - Absichtserklärung - Vorlage: 2013 0460

Herr Herbst erläutert, dass eine aktive personelle Unterstützung des Masterplans, z. B. durch regelmäßige Teilnahme an Workshops oder sonstigen Veranstaltungen, nur möglich ist, wenn die beim BMU beantragte Förderung der zusätzlichen Stelle des/der Klimaschutzmanager/in genehmigt wird.

Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr fasst einstimmig folgenden empfehlenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf unterstützt die Klimaschutzziele des *Masterplans 100 % für den Klimaschutz*, bis zum Jahr 2050 möglichst keine Treibhausgase mehr zu emittieren und den Endenergieverbrauch gegenüber dem Basisjahr 1990 zu halbieren. Der Bürgermeister wird beauftragt, die als Anlage der Vorlage 2013 0460 beigefügte Absichtserklärung für die Stadt Burgdorf zu unterzeichnen.

- einstimmig -

8. Entwurf Haushaltssatzung 2014 Vorlage: 2013 0455

Es werden folgende Produkte von **Herrn Herbst** angesprochen:

Teilhaushalt 8

Produkt 55200 Öffentliche Gewässer/Wasserbauliche Anlagen

Seite 377 15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
 18. Transferaufwendungen
 Hierunter fallen u.a. Zuschüsse. Wenn die Stadt Burgdorf sich an dem Projekt „Möschgraben“ beteiligt (siehe Vortrag von Herrn Brinkmann/NABU), sind hier **7.000 € über die Haushaltsänderungsliste nachzumelden.**

Seite 381 15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
 18. Transferaufwendungen

Produkt 56100 Umweltschutzmaßnahmen

Seite 384 2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen
Darunter fällt ab 2014 der Zuschuss an den BMU für den Klimaschutzmanager
13. Aufwendungen für aktives Personal

Über die **Haushaltänderungsliste** wären **7.500 €** für Passivhausberatungen einzustellen, sofern es von den politischen Gremien gewünscht wird.

Teilhaushalt 9

Produkt 12203 Verkehrswesen

Seite 394 13. Aufwendungen für aktives Personal
Darin enthalten ist der Aufwand für die zusätzliche Stelle bei Abt. 39. Sofern diese nicht eingerichtet wird, reduziert sich der Ansatz um etwa 38.000 €.

Produkt 53800 Abwasserbeseitigung

Seite 407 5380002 Klärschlammbehandlung KA
53810.787110
In der **Anlage 3** wird die Vorlage 2009 0627 beigelegt. Dieser ist ein Beiblatt mit aktualisierten Beträgen angelegt.

538001235 Kanalnetz Stadt

Produkt 54100 Gemeindestraßen

Seite 414 54100.421201 Unterhaltung Straßen, Wege, Plätze, Bordsteinabsenkungen
Herr von Oettingen erkundigt sich nach der Maßnahme „Umbau des Kreisels Weserstraße“. **Herr Herbst** erläutert, dass diese Maßnahme voraussichtlich wegen der Aufhebung der Benutzungspflicht von Radwegen nicht zum Tragen kommt. Hier gibt es noch Klärungsbedarf mit der NLStBV. Voraussichtlich werden die Mittel gestrichen.

Seite 416 5410001 Erneuerung von Fahrbahnbelegen
2013 wurden keine Erneuerungen durchgeführt, daher in 2014 ein entsprechender Bedarf.

Herr Köneke erkundigt sich bezogen auf das Baugebiet Zilleweg, ob sich die Grundstücksflächen bereits im Eigentum der Stadt befinden. Der Ansatz auf Seite 47 (Teilhaushalt 1, Produktbereich 57) für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden erscheint ihm sehr gering. Herr Herbst sichert eine Beantwortung über das Protokoll zu.

Antwort über Protokoll:

Nach Auskunft von Abt. 80 befinden sich die Grundstücksflächen noch nicht im Eigentum der Stadt Burgdorf, jedoch liegen entsprechende Verkaufsangebote vor. Die Finanzierung des Kaufes erfolgt durch zu übertragende Mittel.

Seite 416 5410013020 Stadtstraßenerneuerung Nordstraße
Die Anliegerversammlung wird vorbereitet und soll Anfang

2014 stattfinden. Ausbaubeginn soll im Frühjahr 2014 sein.

Seite 417 5410023 Baumaßnahmen Radverkehrskonzept
Fördermittel in Höhe von 19.000 € sind hier noch nicht berücksichtigt. **Eine entsprechende Meldung erfolgt dann über die Haushaltsänderungsliste.**

Produkt 54500 Straßenreinigung

Seite 426 545001206 Ersatzbeschaffung kleine Kehrmaschine

Produkt 54501 Straßenbeleuchtung

Seite 431 545011304 Umsetzung des Beleuchtungserneuerungskonzeptes LED
Durch ein niedrigeres Ausschreibungsergebnis reduzieren sich die Ausgaben von 125.000 € auf 90.000 €. **Eine entsprechende Änderung erfolgt über die Haushaltsänderungsliste.**

Produkt 55100 Öffentliches Grün/Landschaftsbau

Seite 443 5510008 Grünanlagen östlich Beerbuschweg
VE wird hier aktiviert.

Allgemein weist **Herr Herbst** darauf hin, dass 2014 die Maßnahmen umgesetzt werden, bei denen 2013 der Straßenausbau erfolgt ist (Baugebiet östlich Beerbuschweg, Flachsfield II).

Seite 443 5510009 Grünflächen Gewerbegebiet Hülptingsen III
Der Ansatz in Höhe von 92.600 € wird noch **um 17.600 € reduziert** (wie in der Mitteilungsvorlage genannte Kosten in Höhe von 75.000 €).

Produkt 55300 Friedhöfe / Bestattungen

Seite 446 15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
55300.421200: entsprechende Vorlagen zu den Planungen in Otze und Ramlingen-Ehlershausen sind erstellt
55300.427100: Bodengutachten Otze zur Festlegung der weiteren Vorgehensweise

Produkt 57300 Bauhöfe

Seite 456 Ersatzbeschaffungen
Herr Köneke fragt an, wo das abgängige Fahrzeug im Haushalt berücksichtigt wird.

Antwort über Protokoll:

Nach Auskunft von Abt. 20 wird grundsätzlich zwischen Haushaltsplanung und Haushaltsausführung unterschieden. In der Haushaltsplanung wird weder der Ertrag noch die Einzahlung berücksichtigt.

In der Ergebnisrechnung für 2014 wird der Ertrag aus der Veräußerung von beweglichen Vermögensgütern (VG) über 1000 € unter 57300/531200 berücksichtigt (Beispiel Ersatzbeschaffung Piaggio Gärtner).

Im Haushaltsplan für das Jahr 2016 taucht diese Summe im Teilergebnishaushalt unter Pos.22 in der Spalte Rechnungsergebnis 2014 dann erst wieder auf.

In der Finanzrechnung für 2014 wird die Einzahlung aus der Veräußerung von beweglichen VG über 1000 € unter 57300/683110 berücksichtigt.

Im Haushaltsplan für das Jahr 2016 erscheint diese Summe im Teilfinanzhaushalt unter Pos.18 in der Spalte Rechnungsergebnis 2014 erst wieder.

Dieses gilt für eine Ersatzbeschaffung, wenn das alte Investitionsgut bereits abgeschrieben (buchhalterisch nicht mehr werthaltig) ist.

Sollte das alte Investitionsgut noch nicht abgeschrieben sein, erfolgt in der Ergebnisrechnung für 2014 eine Aufwandsbuchung in Höhe des Restwertes unter 57300/532200 sowie eine Ertragsbuchung unter 57300/531200 in Höhe der Verkaufswertes. Aus der Differenz dieser beiden Konten kann man dann erst erkennen, ob es sich tatsächlich um einen Ertrag oder einen Aufwand handelt.

Im Haushalt sind diese Buchungen dann ebenfalls als Summen erst für das Jahr 2016 zu erkennen.

Dieses Verfahren erfolgt so, weil es sich bei der Veräußerung von Anlagevermögen um sogenannte „außerordentliche Vorgänge“ handelt. Diese werden in der Planung nicht berücksichtigt!

Seitens **Frau Heldt** wird angefragt, ob die veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen in Bezug zur Rekommunalisierung der Bestattungs- und Pflegearbeiten stehen. Dies wird von **Herrn Herbst** bejaht.

Allgemein verweist **Herr Herbst** auf die teilweise angefügten Erläuterungen in der Haushaltssatzung, die entsprechende Hinweise auf die Mittelverwendung geben.

Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr hat von der Vorlage Nr. 2013 0455 Kenntnis genommen.

9. **Entwurf Investitionsprogramm 2014** **Vorlage: 2013 0456**

Teilhaushalt 9 **Produkt 53810 Abwasserbeseitigung**

Seitens **Herrn Bethmann** wird angefragt, wieviel Leistung das Blockheizkraftwerk haben wird.

Antwort über Protokoll:

Die Leistungsfähigkeit des BHKW ist mit 80 kW ermittelt worden.

Folgende Produkte werden von **Herrn Herbst** angesprochen:

- Seite 26 538001228 Sickerbecken Ahrbergenweg
Hier sollen Haushaltsreste in das Jahr 2014 übernommen werden.
- Seite 27 538101401 Kanalerneuerung Vor dem Celler Tor Nord und Mitte
Die Mittelbereitstellung soll nicht über Verpflichtungsermächtigungen erfolgen, sondern wird zum jeweiligen Haushalt direkt angemeldet.

Produkt 54100 Gemeindestraßen

- Seite 28 5410007 Stadtstraßenerneuerung
- 541001219 Radweg Marris Mühlenweg
Im Jahr 2016 ist die Verlängerung des Radweges bis zur Unterführung B188 geplant.
- Seite 29 541001240 Zilleweg
- Seite 30 541001401 Ersatzbeschaffung Wildkrautbürste
- 5410023 Baumaßnahmen Radverkehrskonzept
Darin enthalten sind u. a. die Querungshilfe in Schillerslage und die Umgestaltung Uetzer Straße.

Produkt 54500 Straßenreinigung

- Seite 31 545001402 Große Kehrmaschine

Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr hat von der Vorlage Nr. 2013 0456 Kenntnis genommen.

10. Entwurf Stellenplan 2014 Vorlage: 2013 0457

Zum Stellenplan 2014 erläutert **Herr Herbst** folgendes:

- In der Tiefbauabteilung soll eine Ingenieurstelle aufgestockt werden, damit die Planung von Baumaßnahmen durch städtisches Personal erfolgen kann und Gelder für Ingenieurgebühren eingespart werden können.
- Aufgrund der Neubesetzung der Abteilungsleiterstelle in der Tiefbauverwaltungsabteilung ist es zu Verzögerungen bei den Beitragsabrechnungen gekommen. Daher wurde die Stelle für die Bearbeitung von Beitragsabrechnungen bereits bis zum Juli 2014 verlängert. Da zum 01.11.2013 ein erneuter Wechsel in der Abteilungsleitung erfolgt ist, soll die Stelle für die Beitragsabrechnungen nochmals bis zum 31.12.2014 verlängert werden.
- Die zusätzliche Stelle in der Straßenverkehrsabteilung soll aus Sicht der Verwaltung wegfallen.

Zu den Tagesordnungspunkten 8, 9 und 10 gibt es keine weiteren Anmerkungen durch die Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr nimmt die Vorlage Nr. 2013 0457 zur Kenntnis.

11. Anregungen an die Verwaltung

Seitens **Frau Leykum** wird angefragt, ob es möglich ist in der Marktstraße vor Fehling weitere Fahrradbügel aufzustellen. Sie sieht in dem Bereich einen entsprechenden Bedarf.

Frau Vollmert erklärt, dass dort eine Aufstellung zur Zeit nicht geplant ist. Der Bedarf an Fahrradbügeln in der Marktstraße wird aber beobachtet.

Herr Rheinhardt fragt an, ob an der Bushaltestelle in der Marktstraße beidseitig Bänke aufgestellt werden können. **Herr Herbst** erläuterte, dass dort ein Wartehäuschen aufgestellt werden soll. Auch Bänke sollen dort aufgestellt werden. In Kürze soll dazu eine gesonderte Vorlage erstellt werden, die auch die Standorte beschreibt.

Herr von Oettingen erkundigt sich nach dem Spielhaus am Magdalenenweg. Hier wurde das Dach erneuert. Allerdings ist das Haus innen sehr verkommen. Er schlägt vor, die Wände des Hauses transparent zu gestalten. Damit können Verunreinigungen ggf. verhindert werden. Dass Frau Riessler hier bereits tätig ist, wird von **Herrn Herbst** mitgeteilt.

Des weiteren spricht **Herr von Oettingen** die Parksituation Am Wall an. Da die Garagen oft von Fremdparkern versperrt sind, erkundigte er sich nach der Ausstellung von Anliegerparkausweisen, um Fremdparker fernzuhalten. **Herr Herbst** weist darauf hin, dass das Parken dort grundsätzlich nicht erlaubt ist. Jedoch ist eine Kontrolle in den Abendstunden durch städt. Personal nicht möglich.

Herr Morich regt an, sich in Bezug auf Bepflanzungen von Kreisverkehrsplätzen in anderen Städten umzuschauen. Ein positives Beispiel hat er in Wernigerode entdeckt.

Von **Frau Kusber** wird angeregt die Werbetafel an der Ortseinmündung Immenser Landstraße zu versetzen. An dem jetzigen Standort sei sie schlecht zu sehen. **Herr Herbst** antwortet darauf, dass es seitens des Stadtmarketingvereins bereits Überlegungen zur Versetzung gibt. Alternativ könnte eine Freischneidung die Sicht auf die Werbetafel verbessern.

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Peters**, spricht die Allgemeine Handhabung der Mitteilungsvorlage (Fliedervorlage) an. Teilweise ist die Informationsmenge zu umfangreich. In diesen Fällen ist eine gesonderte Mitteilung direkt in der Ausschusssitzung sinnvoller. Des Weiteren erkundigt er sich, ob eine Einstellung in das Online-Portal möglich ist.

In Bezug auf die Mitteilungsvorlage „Anschreiben von Herrn Schwerdtfeger“ erkundigt sich **Herr Peters**, wann eine Verkehrszählung erfolgen soll. **Herr Herbst** antwortet, dass eine Verkehrszählung geplant ist. Die Straßenbau-

verwaltung hat zuletzt eine Verkehrszählung im November 2009 durchgeführt und durch die Stadt soll diese in der 47. KW erfolgen.

Herr Peters regt an, die Anmerkung von Herrn Schwerdtfeger zu berücksichtigen, wonach eine Verkehrszählung nicht im Herbst vorgenommen werden soll.

Seitens **Herrn Peters** wurde im Vorfeld an die heutige Sitzung eine persönliche Zählung vorgenommen. In 20 Minuten hat er 236 Fahrzeuge gezählt.

Zu der Mitteilungsvorlage Nr. 2013 0492 wird von **Herrn Peters** gefragt, was es bedeutet, dass die Aufstellung eines Lärmaktionsplanes zur Zeit noch nicht absehbar ist.

Antwort über Protokoll:

Mit der Vorlage 2013 0492 wurde mitgeteilt, dass die Bearbeitung der Lärmaktionsplanung hinter andere prioritär zu bearbeitende Projekte wie z.B. den Bebauungsplan „Nördlich Zilleweg“ zurückgestellt wurde. Die Projektliste der Stadtplanungsabteilung ist zuletzt im vertraulichen Teil des Bauausschusses am 08.04.2013 vorgestellt worden und soll Anfang 2014 fortgeschrieben und im Frühjahr im Bauausschuss abgestimmt werden.

In der Mitteilungsvorlage Nr. 2013 0485 Ausbauprogramm Hülptingsen III und IV ist auf die Erschließungsbeitragspflicht durch die Anlieger hingewiesen worden. **Herr Peters** erkundigt sich daher, ob die Anlieger darüber informiert wurden. **Herr Herbst** berichtet, dass die Erschließungsbeiträge bereits abgelöst wurden und im Ablösebetrag auch die Herstellungskosten der zugewiesenen Kompensationsflächen berücksichtigt wurden.

Herr Morich merkt an, dass Fragen zu den Mitteilungsvorlagen auch direkt an die Verwaltung gestellt werden können.

Dazu gibt **Frau Leykum** zu bedenken, dass bei einem solchen umfangreichen Ausbauprogramm ggf. Beratungsbedarf besteht. Dies sollte in Zukunft bei der Erstellung einer Mitteilungsvorlage beachtet werden.

Herr Herbst verweist auf den Delegationsbeschluss (Vorlage 2007 0253), wonach Teilmaßnahmen im Rahmen eines Bauprogrammes bis zu einer Baukostensumme von 125.000 € auf den Hauptverwaltungsbeamten verlagert wurden. Hier handelt es sich lediglich um den Bereich der Kompensation (Anpflanzungen mit einem durch die Grünflächen verlaufenden Weg). Somit ist nur eine Teilmaßnahme betroffen, die sich innerhalb der vorgeschriebenen Grenze befindet. Die Entscheidung liegt daher beim Bürgermeister, der Ausschuss wurde über die Mitteilungsvorlage über die Maßnahme informiert.

Des weiteren wird die Mitteilungsvorlage Nr. 2013 0486 (Umwandlung von Bodendecker in Rasenflächen) angesprochen. **Herr Bublitz** erkundigt sich hier insbesondere bezogen auf die Maßnahme ‚Auf dem Ratskamp‘ nach der geplanten Ausführung. **Frau Vollmert** erläutert dazu, dass die Maßnahmen u. a. dazu dienen, dass der Pflegeaufwand minimiert wird. Bodendecker- und Strauchflächen entlang von Straßen müssen regelmäßig zurückgeschnitten werden, damit diese nicht in den Verkehrsraum hineinragen und die Sicht behindern. Darüber hinaus sind derartige Flächen regelmäßig von Wildkraut zu säubern. Durch die Entfernung der Strauch- und Bodendeckerflächen erhält vor allem die Straße „Auf dem Ratskamp“ einen offeneren Charakter.

Herr Suszka erkundigt sich, welche Art von Rasensaat verwendet werden soll. **Frau Vollmert** teilt mit, dass ein Landschaftsrasen mit Kräuteranteil

ingesät werden soll. Dieser wird nicht so hoch und wird alle 6-8 Wochen gemäht.

Bei einer solchen Maßnahme würde **Frau Leykum** eine Vorlage begrüßen. Darin hätten mögliche Alternativen aufgezeigt werden können.

Abschließend bittet **Herr Peters** darum, bei umfangreicheren Vorgängen eine Beschlussvorlage zu bevorzugen.

Einwohnerfragestunde

In der Einwohnerfragestunde werden keine Anregungen an den Ausschuss für Umwelt und Verkehr seitens der Zuhörer gegeben.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ausschussvorsitzender

Protokollführerin